



Bundesamt
für Güterverkehr

Bundesamt für Güterverkehr • Postfach 19 01 80 • 50498 Köln

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Vorsitzender Herr Martin Burkert

DER PRÄSIDENT

Datum 13.03.2015
Gz. 42/StV 7420
Postanschrift Postfach 19 01 80
50498 Köln
Telefon 0221 5776-0 oder - 4201
Telefax 0221 5776-1777
E-Mail poststelle@bag.bund.de
Internet www.bag.bund.de

Hausanschrift
Werderstraße 34, 50672 Köln

bearbeitet von
Herrn Arne Kuhlmann

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Ausschussdrucksache
18(15)192-F
Stellungnahme zur ÖA am
16.03.2015

- Übersendung erfolgt ausschließlich per Fax -

34. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur - Sachverständigenbeitrag Präsident des Bundesamtes für Güterverkehr

Sehr geehrter Herr Burkert,

im Rahmen meiner Einladung als Sachverständiger zum Tagesordnungspunkt „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes“ beabsichtige ich wie folgt vorzutragen.

Im Rahmen der bereits im Jahr 2012 erfolgten Ausweitung des mautpflichtigen Straßennetzes hat das Bundesamt für Güterverkehr umfangreiche Erfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen der Kontrollen gewonnen. Diese Erkenntnisse ermöglichen auch für die beabsichtigte Mautausweitung die notwendigen kontrollseitigen Maßnahmen abzuleiten.

Nach Darlegung der Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderung auf die Kontrollweise des Straßenkontrolldienstes Maut (SKDM) des Bundesamtes beabsichtige ich die in der Einführungsphase angedachte Vorgehensweise und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Effektivität und Effizienz des SKDM zu erläutern. Hierbei müssen die geplante Streckenausdehnung und die Tonnageabsenkung grundsätzlich getrennt betrachtet werden.

Darüber hinaus werde ich kurz- und mittelfristig notwendige Schritte zur Sicherstellung der langfristigen Kontrollfähigkeit vorstellen. Neben einem Zuwachs des Kontrollpersonals wird auch die Weiterentwicklung von Kontrolltechnologien insbesondere auf Bundesstraßen für erforderlich gehalten.

Andreas Marquardt